

Die Deutschen

Norbert Elias und die Politische Kulturforschung

Martin Greiffenhagen

Prof. Dr. Martin Greiffenhagen (geb. 1928) war von 1965 bis 1990 Direktor des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Stuttgart. Der Artikel entspricht dem Vortrag, den der Autor im Rahmen des Colloquiums aus Anlaß des 100. Geburtstages von Norbert Elias gehalten hat.

Die Bedeutung eines Forschers liegt in der Nachhaltigkeit seines Wirkens. Nachhaltigkeit unterscheidet den großen Gelehrten vom Professor, der das Feld seiner Disziplin bestellt, den Wissensbestand seines Spezialgebietes zuverlässig tradiert, ihn um einige Erkenntnisse mehrt, im übrigen sich aber in die Kette seiner Vorgänger und Nachfolger unauffällig einfügt. Jedenfalls verbindet der Eingeweihte nicht schon die bloße Nennung seines Namens mit einer kopernikanischen Wende.

Nachhaltigkeit beweist sich dazu häufig in einer Wirkungsmächtigkeit, die auch andere Forschungsfelder als das ursprünglich eigene tangiert. Von solcher Relevanz soll heute die Rede sein: im Blick auf NORBERT ELIAS und die Politische Kulturforschung. Als ELIAS sein großes Werk *Über den Prozeß der Zivilisation* schrieb, gab es diese politikwissenschaftliche Disziplin noch nicht als etabliertes Fach, und ob er später, als er mit seinen *Studien über die Deutschen* befaßt war, viel von ihr wahrgenommen hat, bezweifle ich. Trotzdem gehört ELIAS, wie ich zeigen will, zu den großen Autoren dieser jungen politikwissenschaftlichen Forschungsrichtung, allerdings in einer wissenschaftlichen Ausformung, die ihn sogleich mitten in einen Theorie- und Methodenstreit stellt, der bis heute anhält und über den ich berichten muß, um den Rang der ELIASschen Einsichten verdeutlichen zu können. Ich werde also zunächst das Geschäft der Politischen Kulturforschung darstellen, mit einer Zuspitzung auf diesen Streit, um dann Beispiele aus dem Werk von NORBERT ELIAS dafür zu geben, daß er, nun eben: ein Politischer Kulturforscher gewesen ist, ohne sich je als solchen gewußt oder bezeichnet zu haben.

Das Thema der Politischen Kulturforschung (1) ist alt, so alt wie die Politik selbst. In allen Hochkulturen finden sich schon früh Gedanken über den Zusammenhang zwischen politischen Institutionen und dem Bewußtsein der Bevölkerung. Wird das politische System von der Bevölkerung unterstützt, und wenn, aus welchen Gründen? Genießen seine Institutionen, Eliten und politischen Herrschaftsträger Vertrauen? Dienen auch Sozialisationsfelder und -formen, die auf den ersten Blick als unpolitisch erscheinen, wie Erziehungsstile oder Schulformen, der politischen Legitimation des Gesamtsystems?

In seiner berühmten Totenrede vergleicht der Athenische Staatsmann PERIKLES die politische Kultur Athens mit derjenigen Spartas. Was PERIKLES der autokratischen Kultur Spartas gegenüberstellt, ist der freiheitliche Erziehungsstil der Athener, die Ungebundenheit von Wissenschaft und Kunst und allgemein eine ungezwungene Lebensweise. Hohe Lebenszufriedenheit sorgt für die Unterstützung eines Regimes, das auf freiwilliger Partizipation der Bürger beruht, im Unterschied zur autoritären Kultur Spartas, welche durchgängig der Soziologie von Befehl und Gehorsam folgt.

Mit Anbruch der Moderne wird das Verhältnis von politischer Kultur und politischem Regime noch stärker thematisiert. TOCQUEVILLEs Buch über die Demokratie in Amerika ist ein Buch über eine neue politische Kultur, die er heraufziehen sah und mit der feudalen, aus der er kam, verglich. Der demokratischen Revolution ging eine *silent revolution* voraus: eine neue Einschätzung des Verhältnisses von Individuum und Gesellschaft, eine neue Bewertung der Rangfolge von Glücksgütern, ein Wertewandel.

Um schließlich noch einen großen politischen Kulturforscher der Moderne zu nennen: MAX WEBER hat mit seiner Herrschaftstypologie zugleich einen Beitrag zur politischen Kulturtheorie geliefert. Er zeigt die soziologischen Voraussetzungen unterschiedlicher Herrschaftsformen und die gegenseitige Abhängigkeit von politischem Bewußtsein und politischen Institutionen.

Die Politische Kulturforschung entsteht wie die politische Theorie überhaupt in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche. Erst wenn die Verhältnisse sich ändern, bekommt man den Blick frei für den Vergleich von heute und gestern, von hier und dort. Politische Kulturforschung war und ist in diesem Sinne stets auch Krisenforschung. Einer der wichtigsten Impulse für den Neueinsatz der Politischen Kulturforschung nach dem Zweiten Weltkrieg war die Emanzipation junger Staaten von der Kolonialherrschaft. Die vielerlei

Modernisierungsprozesse bedeuteten für die Politische Kulturforschung eine theoretische und methodische Herausforderung hohen Ranges.

Der zweite Impuls für die Etablierung der Politischen Kulturforschung als einer sozialwissenschaftlichen Disziplin lag in den Erfahrungen mit dem NS-Regime. Wie war es möglich, daß ein hochzivilisiertes Land des alten Europa in eine derartige Barbarei verfiel? Wie weit sollte man zurückgehen, um Quellen für die Fehlentwicklung zu finden? Bis zum Ersten Weltkrieg, dem Versailler Vertrag und der Weimarer Republik? Bis zur Wilhelminischen Ära? Bis zu BISMARCK, FRIEDRICH DEM GROSSEN? Spielen LUTHER und NIETZSCHE eine Rolle? Stimmt die These von der "verspäteten Nation" und vom "deutschen Sonderweg"? Von der Beantwortung dieser Fragen hängen Antworten auf andere Fragen ab: Wie lange würde es dauern, bis die deutsche Bevölkerung ähnlich stabile demokratische Werthaltungen aufweisen würde wie die alten Demokratien Europas? Welche Lebensgebiete, welche Sozialisationsmechanismen muß man dafür besonders ins Auge fassen? Gibt es Verbindungen zwischen ökonomischer Prosperität und Demokratisierung? Welchen Einfluß haben die sogenannten "sekundären Tugenden" wie Gehorsam, Pflichtbewußtsein, Fleiß und Disziplin, für die der deutsche "Nationalcharakter" und das deutsche Schulsystem in aller Welt bekannt waren?

Politische Kulturforschung lebt vom Vergleich: von früher und heute, von hier und dort. Man vergleicht verschiedene politikgeschichtliche Phasen eines Volkes, um Einsichten in Wandlungsprozesse des politischen Bewußtseins zu bekommen. Gleichzeitig vergleicht man verschiedene nationale Kulturen. Zwischen beiden Vergleichen gibt es Querverbindungen, da auch nationale Vergleiche nur möglich sind unter Berücksichtigung der politikgeschichtlichen Faktoren. Auf diese Weise kommt es zu einer doppelten Verschränkung, und erst diese ermöglicht die Beschreibung der eigenen politischen Kultur: im Blick auf die eigene Geschichte und die Entwicklung anderer nationaler Kulturen.

Der Politikbegriff der Politischen Kulturforschung überschreitet den Bereich des politischen Systems in Richtung auf viele Lebensgebiete: unter der Voraussetzung, daß Einstellungen und Werthaltungen, die sich im individuellen Bereich herausgebildet haben, für politisches Handeln von Bedeutung sind, zusammen mit Institutionen, in denen sie sich bilden. Die Politische Kulturforschung verbindet auf diese Weise Sozialisationsresultate individueller Natur mit dem Verhalten von Gruppen und Großgruppen. Die methodische Frage, auf welche Weise Mikro- und Makroebene verknüpft sind, ist weitgehend ungeklärt. Ich komme auf diesen Punkt später noch zurück, in der Diskussion des Themas Ich und Wir, wie NORBERT ELIAS es entwickelt, und wende mich jetzt dem erwähnten Theorie- und Methodenstreit unter modernen politischen Kulturforschern zu.

Worum es geht, mögen zwei Begriffe signalisieren, die in dem Streit zu Schlagwörtern geworden sind, nämlich "Einstellungen" und "Vorstellungen". Wer Politische Kulturforschung ausschließlich als empirisch arbeitende Disziplin begreift, hält die Einstellungsforschung für die einzig in Frage kommende wissenschaftliche Methode. Diese wissenschaftstheoretische Position trifft auf eine Reihe von Einwänden und Nachfragen, die sich einmal auf die Umfrageforschung überhaupt beziehen, zum anderen aber besonders auf die Verwendung von Survey-Methoden innerhalb der Politischen Kulturforschung abzielen. Diese Kritik ist hermeneutischer Natur. Gegenüber einer zu kurz angebundenen Einstellungsforschung verweist sie auf historisch tiefer liegende Vorstellungen, welche gegenwärtige Einstellungen und Werthaltungen überhaupt erst verstehbar machen. Ich zitiere den namhaftesten Vertreter dieser historisch-hermeneutisch orientierten Kulturforscher, KARL ROHE, der meint, langfristige und historisch tief gestaffelte Überzeugungen ließen sich durch Umfragen nicht aufdecken. Er schreibt: "Um an den Kern von politischer Kultur heranzukommen, müßte man ... wissen, welche Tabus in einem sozialen Verband existieren, wie die Beweislastregeln funktionieren, also was "man" eigens begründen und rechtfertigen muß und welche Argumente und Handlungen wie selbstverständlich ohne Begründung durchgehen... Ein weiteres Problem besteht darin, daß gerade der harte Kern von politischer Kultur aus Selbstverständlichkeiten besteht, die dem einzelnen oft gar nicht bewußt sind, bestenfalls halb bewußt sind und deshalb auch nicht abgefragt werden können." (2) ROHE spricht in diesem Sinne von generellen Vorstellungen, politischen Codes oder auch einer politischen "Partitur", ohne deren Kenntnis aktuelle Einstellungsergebnisse unverständlich bleiben. Ich gebe ein Beispiel aus dem Anfang der empirischen Kulturforschung, nämlich aus der ersten großen vergleichenden Studie von ALMOND / VERBA. (3) Die Forscher überraschten zwei Ergebnisse ihrer Umfragen: Während die Westdeutschen Mitte der 50er Jahre im ganzen eine autoritäre und wenig partizipative politische Kultur offenbarten, lieferten sie auf zwei Feldern Ergebnisse, die aus dem Rahmen vordemokratischer Kultur herausfielen. Sie zeigten nämlich einen ungewöhnlich hohen politischen Kenntnisstand, dazu eine ungewöhnlich hohe Beteiligung bei Bundestagswahlen. Diese beiden Ergebnisse müßten eigentlich positiv als Anzeichen einer demokratischen Kultur bewertet werden, standen aber im Widerspruch zu gleichzeitig erhobenen Meinungen wie den folgenden: auf die Politik habe der einfache Mann keinen Einfluß, solle auch keinen

nehmen; über Politik zu sprechen, führe nur zu Nachteilen im Beruf und zu Streit in der Familie; eine Partei im Staat sei besser als mehrere; die Opposition habe die Regierung zu unterstützen und nicht zu kritisieren; der starke Mann sei der wichtigste Faktor in der Politik; Kompromisse seien schwächlich. Diese Widersprüche waren nur für den historisch Gebildeten aufzuklären, dann aber sehr einfach: Eine gute Kenntnis des politischen Regimes und der politischen Prozesse hatte jedes autokratische System in Deutschland stets von seinen Untertanen verlangt: damit sie den Willen von Regierung und Verwaltung kannten und ausführen konnten. Im Falle der hohen Wahlbeteiligung galt eine andere historische Einsicht: so wie der Hitlergruß im nationalsozialistischen Deutschland und Strammstehen im kaiserlichen zu den Pflichten des Bürgers gehörte, so war die neuerdings geforderte politische Aktivität eben die Wahl. Obgleich es im verfassungsrechtlichen Sinne keine Wahlpflicht gab und obgleich man sich vom Wahlakt keinen wesentlichen Einfluß auf die Politik versprach, dies auch nicht wollte, nahm man an ihr teil, um der neuen Pflicht eines guten "Staatsbürgers" zu genügen.

Einstellungsforschungen liefern eine Fülle von Beispielen dafür, daß falsche Buchungen, auch falsche Fragestellungen immer dann entstehen, wenn historische Vorstellungen der Bevölkerung im Sinne von politischen Codes und Partituren nicht berücksichtigt werden. Nicht die Summe von Einstellungen liefern Vorstellungen, sondern umgekehrt sorgen politische Vorstellungen für eine gewisse Konsistenz politischer Einstellungen. Unnötig zu sagen, daß mit dieser Feststellung die Nützlichkeit von Einstellungs- und Werteforschungen nicht bestritten wird. Hier geht es nur um den Nachweis, daß beide Forschungen aufeinander verwiesen sind.

Eine historisch-hermeneutisch orientierte Kulturforschung gelangt auch zu einer brauchbaren Typenbildung. Von KARL ROHE stammt die nützliche Unterscheidung von "Staatskulturen" und "Gesellschaftskulturen", die er folgendermaßen beschreibt: "Was beide Kulturtypen trennt, ist ... der unterschiedliche Ansatz zur Lösung politischer Grundprobleme. Zivilkulturen bzw. Gesellschaftskulturen funktionieren im Prinzip wie parochiale Milieus. Sie sind in gewisser Weise nichts anderes als auf die nationale Ebene verlängerte Milieus, die wie alle Milieus durch Ausbildung von Konventionen des Handelns und des Denkens und entsprechende soziale Sanktionsmechanismen die Beziehungen zwischen den Milieuangehörigen soweit wie möglich ohne Rückgriff auf eine dritte Größe unmittelbar zu programmieren suchen... Auch Staatskulturen regulieren Verhalten; sie begnügen sich ja nicht mit bloßer Androhung von Gewalt; aber das geschieht mehr indirekt über die Programmierung und daran gebundene Legitimierung von Staatsorganisationen, mag es sich dabei um eine rechtsstaatliche, eine demokratische, eine nationalstaatliche, sozialstaatliche etc. Programmierung handeln." (4)

Das beste Beispiel für eine Gesellschaftskultur liefern die USA. Auf dem großen Treck nach Westen mußten die Siedler alle politischen und administrativen Funktionen selber ausüben. Staatskulturen in Europa haben die politikgeschichtliche Erfahrung des absoluten Staates hinter sich, und Deutschland liefert dafür ein bedeutendes Beispiel. Es gibt eine kleine Anekdote, welche unterschiedliche politische Kulturen im Blick auf die in Rede stehenden verschiedenen Stile beschreibt: "Was geschieht in Amerika, in Deutschland, in Italien im Falle eines Verkehrsstaus? In Amerika steigt jemand aus und regelt den Verkehr; in Deutschland hupen alle und warten auf die Polizei; in Italien versucht jeder, irgendwo durchzubrechen, oder man geht aufeinander los."

NORBERT ELIAS war überzeugt, daß die gegenwärtige politische Kultur eines Volkes tiefe Wurzeln in der Vergangenheit hat. In seiner 1989 geschriebenen Einleitung zu den *Studien über die Deutschen* formuliert er diese Überzeugung als grundlegende Voraussetzung seiner Forschungen zum Nationalcharakter, und die Sätze zeigen, wie stark er damit der Politischen Kulturforschung, soweit sie an "Vorstellungen" interessiert ist, verbunden war.

"Es ist heute noch nicht üblich, den gegenwärtigen sozialen und so auch den nationalen Habitus eines Volkes mit dessen "Geschichte", wie man es nennt, und besonders mit dessen Staatsentwicklung zu verknüpfen. Viele Menschen scheinen der stillschweigenden Meinung zu sein: "Was im 12., im 15., im 18. Jahrhundert los war, ist vorbei. Was geht mich das an?" In Wirklichkeit aber sind die gegenwärtigen Probleme einer Gruppe entscheidend mitbestimmt durch ihr früheres Schicksal, durch ihren anfanglosen Werdegang." (5)

Wer immer sich mit Politischer Kulturforschung befaßt, kann an ELIAS' Buch über die Deutschen nicht vorbeigehen. Der Band bietet hellstichtigste Vergleiche zwischen unterschiedlichen Politikgeschichten, die gegenwärtige Unterschiede in dem, was er damals noch "Nationalcharakter" nannte, erklären können. Ich gebe ein Beispiel für die hohe Erklärungskraft solcher politikgeschichtlicher Rückbesinnung.

In der Beschäftigung mit Unterschieden des deutschen und britischen Nationalcharakters um den Ersten Weltkrieg herum sucht ELIAS nach politikgeschichtlichen Erklärungsgründen für den deutschen Dezisionismus und den britischen Sinn für Kompromiß. Er trifft dabei auf zwei geschichtlich aufeinanderfolgende Moralcodes, einen kriegerisch-aggressiven und einen humanistisch-egalitären. Der

erste wird durch eine Kriegerkaste repräsentiert, deren Normenkatalog und aristokratische Repräsentation auf außenpolitischem Felde noch überdauerte, als der zweite Code, repräsentiert durch das Bürgertum, in allen anderen Feldern der Politik bereits Einzug gehalten hatte: als eine auf Kompromiß beruhende Handelsgesinnung, verbunden mit einer politischen Philosophie individueller Freiheitsrechte. Das Bürgertum als politischer Repräsentant dieser egalitär-naturrechtlichen Binnenmoral hat sich in Britannien gegenüber dem mitleidslosen Kriegerethos der Aristokratie politisch früh durchsetzen können. Wer Wahlen gewinnen wollte, mußte folglich beiden Normenkanons gerecht werden, entweder in einer bekömmlichen Mischung, eher noch in einer deutlichen Trennung von Binnenmoral und Außenmoral, das hieß Innenpolitik und Außenpolitik. Trotzdem kam auch die Außenpolitik besonders in ihrer Form der Kolonialpolitik immer stärker unter den Druck moralischer Kriterien, z.B. in der Behandlung der unterworfenen Völker, für deren Rechte im britischen Mutterland bürgerliche Kräfte eintraten, häufig in Gestalt christlicher Denominationen, die im Gegensatz zur englischen Hochkirche egalitäre Ideale verfochten.

In Deutschland behauptete sich nicht nur die militärische Aristokratie mit ihrem Ethos eines absoluten Entweder-Oders von Sieg oder Niederlage, Überlegenheit oder Unterdrückung, sondern das Bürgertum orientierte sich selber an diesen mitleidslosen Kriegeridealen. Das Resultat war *Die satisfaktionsfähige Gesellschaft*, wie es der Titel eines Aufsatzes von ELIAS formuliert. Das in Britannien auf die Außenpolitik zurückgedrängte aristokratische Kriegerethos wurde in Deutschland vom Bürgertum noch einmal aktualisiert, im außenpolitischen Bereich nationalistisch radikalisiert und in der Innenpolitik auf Felder übertragen, in denen es in anderen europäischen Ländern längst außer Kurs gekommen war. Innerstaatliche Feinderklärungen gegenüber der Arbeiterklasse oder jüdischen Mitbürgern erlaubte eine Ausgrenzung von Bürger- und Menschenrechten gegenüber "vaterlandslosen Gesellen" oder Vertretern des "Weltjudentums". Man verhielt sich ihnen gegenüber als Außengruppen, mit einer Mischung von Idealismus und Brutalität, einer Verbindung, auf die ELIAS immer wieder hinweist und in der er eine wesentliche Quelle für den Barbarismus des Holocausts sieht. Im Unterschied zu Britannien, wo der politische Normenkanon mit weiterer Stärkung des Bürgertums immer mehr in Richtung von Freiheitsrechten, Egalitarismus und Kompromiß drängte, gewann in Deutschland das historisch eigentlich überholte Kriegerethos die Oberhand über einen egalitär-freiheitlichen Normenkanon, der am Beginn der bürgerlichen Epoche vom Bürgertum zunächst auch in Deutschland hochgehalten wurde.

Der Rückgriff auf zwei unterschiedliche Moralcodes, den kriegerisch-aristokratischen und den egalitär-bürgerlichen, erlaubt ELIAS, ein Dilemma zu erklären, das die Beziehung der beiden politischen Kulturen Deutschland und Britannien über lange Zeit belastet hat, nämlich einen gegenseitigen Vorwurf: von deutscher Seite der Vorwurf britischer Perfidie und Heuchelei, von britischer Seite der Vorwurf deutscher machtpolitischer Rücksichtslosigkeit. Ich zitiere den entsprechenden Abschnitt ungekürzt, um die Luzidität der ELIASschen Gedankenführung einmal ohne Abstriche vorzuführen:

"In England überwog die Tendenz, die beiden Kanons (also das Kriegerethos des Entweder-Oder und den Kompromiß- und Moralkanon bürgerlich-egalitären Denkens, Zus.d.Verf.) miteinander zu verschmelzen. Man versuchte, Kompromißlösungen für ihre gegensätzlichen Anforderungen zu finden und - wie es scheint, mit Erfolg - zu vergessen, daß das Problem überhaupt existiert. In Deutschland dagegen war man geneigt, die Unvereinbarkeit der beiden Kanons herauszustreichen. Es gab in bezug auf sie nur ein Entweder-Oder. Kompromisse zwischen ihnen waren, entsprechend dem ganzen Tenor des deutschen Denkens, unsauber; sie galten als ein Produkt verworrenen Denkens, wenn nicht als schlankweg unehrlich. Und da die Strategien zwischenstaatlicher Beziehungen gewöhnlich im Einklang mit den eigenen Denktraditionen jedes Staates entworfen werden, schufen diese Unterschiede in der Verarbeitung des zwiespältigen Normenkanons nicht selten ernste Kommunikationsschwierigkeiten. Im Verkehr unter sich betrachteten die Angehörigen eines jeden Staates ihre eigene Art der Verarbeitung als selbstverständlich; sie erschien einfach als richtig, als die einzig mögliche Form des Denkens und Handelns. Jede andere Form erschien als falsch, wenn nicht als verwerflich. Im Verkehr nach außen, in der Kommunikation zwischen Angehörigen der beiden Nationen, erwuchs daher aus der unterschiedlichen Art des Umgangs mit der fundamentalen Qualität der Normen Sperren des gegenseitigen Verstehens. Deutsche, die der Meinung waren, daß die widersprüchlichen Aspekte eines moralischen und eines nationalistischen Normenkanons keiner Kompromißlösung zugänglich seien, unterstellten implizit, daß Engländer die amoralischen Züge einer nationalistischen Machtpolitik ebenso wie sie selbst erkannten, sie aber bewußt unter einem Deckmantel der Moral verbargen. Von ihrer eigenen Denkweise her konnten sie das englische Streben nach Kompromißlösungen nicht anders begreifen, denn als ein Stück gezielter Täuschung - als Heuchelei. Engländer dagegen, die ihre Kompromißlösung des Dilemmas (was sie im Grunde war) als natürlich, als eine ebenso vernünftige wie praktische und praktikable Lösung anzusehen gelernt hatten, hielten die Kompromißlosigkeit, mit der die

nationalistischen Sektionen des deutschen Volkes betonten, daß eine amoralische, zuhöchst am Interesse des eigenen Staates ausgerichtete Machtpolitik die gemeinsame Politik aller Staaten sei, für tadelnswert und gefährlich. In beiden Fällen wurde die interne Tradition des Denkens und Handelns automatisch als Maßstab für die Wahrnehmung und Beurteilung der anderen Seite verwendet." (6) Wer diese sozial- und moralgeschichtliche Ableitung kennt, kann den Ausdruck "perfidus Albion" oder den Titel von WERNER SOMBARTs Buch *Händler und Helden* besser verstehen als jemand, der einem der beiden Normenkanons eingebunden und verpflichtet ist, dies aber nicht weiß. Das ist das Geschäft der Politischen Kulturforschung: durch Vergleiche unterschiedlicher geschichtlicher Verläufe gegenwärtige Unterschiede nicht nur in Strukturen, sondern auch in Mentalitäten und Wertvorstellungen zu begreifen. Wer solchermaßen in Kulturen denkt, die ihrerseits, wie ELIAS zeigt, mit der Geschichte von Schichten und Klassen verbunden sind, wird skeptisch oder zumindest zurückhaltend mit zu kurz angebundener Verurteilung persönlicher Entscheidungen und individueller Werthaltungen. ELIAS hat das Thema "Ich und Wir" ausdrücklich behandelt, im Horizont seiner Nationalstolz-Untersuchungen. Sie sind durch das Buch von DANIEL JONAH GOLDHAGEN *Hitlers willige Vollstrecker* gegenwärtig in neue Aktualität geraten und illustrieren solchermaßen noch einmal die Nachhaltigkeit des ELIASschen Werkes. Ich beginne mit Sätzen GOLDHAGENS, die sich im Vorwort zur deutschen Ausgabe finden. Sie widersprechen gleichzeitig in moralischer wie in wissenschaftlicher Hinsicht dem Erklärungsansatz von ELIAS.

"Mit diesem Buch möchte ich den Schwerpunkt der Forschung des Holocaust von unpersönlichen Institutionen und abstrakten Strukturen auf die Täter selbst verlagern, auf die Menschen, die die Verbrechen verübten, und auch die Gesellschaft, aus der diese Männer und Frauen kamen. Ich vermeide dabei jedoch ahistorische und allgemein sozialpsychologische Erklärungen - etwa daß sich Menschen der Macht beugen oder aufgrund von Gruppendruck zu allem bereit sind -, die gleichsam reflexhaft angeführt werden, sobald es um die Handlungsweisen der Täter geht. Statt dessen werden die Handelnden hier als Individuen betrachtet, als Wesen, die ihre Überzeugungen hatten und deshalb auch in der Lage waren, diese Politik ihrer Regierung zu bewerten und ihre Entscheidungen danach auszurichten, und zwar Entscheidungen, die sie sowohl als einzelne als auch als Kollektiv trafen. Jeder einzelne hatte immer wieder die Wahl, wie er mit Juden umgehen wollte." (7) Und noch einmal:

"Ausdrücklich möchte ich mich mit diesem Buch der in der Literatur so häufig vertretenen Auffassung entgegenstellen, daß die Deutschen als willenlose Rädchen einer Maschine gleichsam automatenhaft gehandelt hätten. Ich sehe sie vielmehr als verantwortlich Handelnde, die durchaus in der Lage waren, sich zu entscheiden, und die insofern auch als Urheber ihrer eigenen Taten betrachtet werden müssen. Ich gehe hier davon aus, daß jeder und jede einzelne Entscheidungen getroffen hat, wie er oder sie sich den Juden gegenüber verhalten wollte." (8)

NORBERT ELIAS ist gegenüber einer so weitgehenden persönlichen Entscheidungsfreiheit von Individuen skeptisch. Er zieht somit auch die Grenzen persönlicher Schuld enger als GOLDHAGEN, weil er das Ich stärker an das Wir und dessen sozialhistorische Prägung heranrückt. Die Frage, welche Einschätzung als die humanere gelten darf, lasse ich hier unentschieden. Sie scheint mir auch schwer entscheidbar und jede Entscheidung selber wieder abhängig von kulturellen Einflüssen, die man eigentlich beurteilen müßte. Was ich dagegen tun will, ist, die ELIASsche Position und ihre Begründung zu erläutern. Zunächst einige Sätze, mit denen ELIAS seine These formuliert:

"Es ist eine der elementarsten Eigentümlichkeiten des Menschen, daß er nicht nur ein Bild von sich als einer individuellen Person hat, die "Ich" sagen kann, sondern auch ein Bild von sich als Mitglied von Menschengruppen, zu denen er "Wir" sagen kann. In einfacheren Gesellschaften sind die Ich- und die Wir-Erfahrung im Selbstbild ihrer Angehörigen oft kaum voneinander zu trennen. In entwickelteren zeitgenössischen Nationalstaaten sind Ich- und Wir-Erfahrung unter normalen Bedingungen scharf gesondert, und die erste, die Erfahrung seiner selbst, als eines von allen anderen abgehobenen und isolierten Individuums, steht hell und scharf im Zentrum der Selbstwahrnehmung, während die Wahrnehmung der als "Wir" erlebten Bezüge eher im Hintergrund bleibt. Es ist diese Form der Selbstwahrnehmung, die ihren Ausdruck in der heutigen Alltagssprache findet, zum Beispiel wenn man von der Gesellschaft als dem "sozialen Hintergrund" eines Menschen spricht. In nationalen Notsituationen jedoch verschiebt sich der Schwerpunkt für kürzere oder längere Zeit: Die emotionale Besetzung der Wir-Ebene des Selbstbildes wird gewöhnlich stärker und die der Ich-Ebene schwächer. Was die Wir-Ebene an emotionaler Aufladung gewinnt, wird der Ich-Ebene entzogen." (9)

Nach dieser generellen Erörterung wendet sich ELIAS der deutschen Situation zu: "Die Entwicklung, die Traditionen der deutschen Gesellschaft brachten oft ein eher schwaches individuelles Gewissen hervor. Auch bei Erwachsenen blieb die Funktionsfähigkeit des individuellen Gewissens, zumindest in dem sich ausdehnenden Bereich der unpersönlicheren öffentlichen Beziehungen, davon abhängig, daß jemand

von außen aufpaßte und den Zwang, die Disziplin verstärkte, die man sich allein aus eigener Kraft nicht aufzuerlegen vermochte. Unter den äußeren Instanzen, die viele Deutsche brauchten, damit sie in diesen Lebensbereichen ihre rein selbstsüchtigen Impulse zügeln und ihr Verhalten regulieren konnten, spielten der Staat und seine Vertreter eine besonders große Rolle. Auf ihr persönliches Gewissen gestellt, waren sie nicht stark genug, stabile Schranken gegen unerlaubte, verbotene oder gefährliche Regungen aufzurichten. Man benötigte zur Selbstbeherrschung die Hilfe eines starken Staates, sehnte sie in Krisensituationen oft geradezu herbei. Vor allem in Zeiten nationaler Not und im Krieg schüttelten viele Deutsche die Last, sich selbst kontrollieren und die Verantwortung für ihr eigenes Leben tragen zu müssen, freudig ab. In solchen Situationen trat die staatliche Obrigkeit, und namentlich die Symbolgestalt an der Spitze des Staates teilweise oder ganz an die Stelle des individuellen Gewissens, was dann auch eine Haltung der Unterwerfung und Ehrfurcht gegenüber dem Staatsoberhaupt begründete." (10)

Die folgende Passage zeigt Ansätze für die Begründungsrichtung, die NORBERT ELIAS für die spezifische Anordnung von Ich und Wir in der politischen Kultur Deutschlands bis 1945 vermutet: "Aber wie immer es damit stehen mag, die Barbareien des Konzentrationslagers waren gewiß keine isolierten Ereignisse, erklärbar in erster Linie aus den sadistischen Neigungen einer Reihe von Individuen. Sie verweisen auf den enormen Druck der - zwischen- und innermenschlichen - Spannungen und Konflikte hinter der monolithischen Fassade eines Gesellschaftssystems, dessen führende Männer sich gleichsam mit zusammengebissenen Zähnen an eine Riesenaufgabe machten, für die ihre Mittel schwerlich ausreichten. Sie werfen etwas Licht auf den Preis, den Menschen für die Identifizierung mit einem höchst oppressiven Nationalideal und für die bedingungslose Unterwerfung unter einen Führer bezahlen mußten, der zwar den Sieg und ein tausendjähriges Reich versprach, der aber zugleich seine Anhänger ständig daran erinnerte, daß sie seiner unwürdig, daß all ihre Opfer umsonst und Deutschlands Feinde auch diesmal wieder erfolgreich sein könnten. Es ist, als ob das ganze Gemenge abgewehrter und widersprüchlicher Gefühle, denen das Regime wenig andere Möglichkeiten der Entladung ließ, seine Kraft in der Behandlung der KZ-Häftlinge zur Geltung gebracht hätte: "Endlich einmal sind die Feinde in unserer Macht. Wir haben sie in der Hand, und niemand sieht zu. Zeigen wir ihnen, solange es noch geht, wer der Herr ist." So fügte man ihnen alles zu, was man insgeheim anderen hatte zufügen wollen. Man tat ihnen Dinge an, die in geordneten Gesellschaften selbst Kindern verboten sind, und nahm Rache für die Fülle der Enttäuschungen, die man erlitten hatte." (11)

"Die Fülle der Enttäuschungen": ELIAS beschreibt die deutsche Geschichte als die Geschichte eines enttäuschenden Niedergangs. Viele Erscheinungen der politischen Kultur Deutschlands, viele Züge von dem, was man für lange Zeit den deutschen Nationalcharakter nannte, haben ihre Quelle darin, daß nationale Gefühle von Stolz und Ruhm den Deutschen nur für kurze Zeit zuteil wurden. ELIAS vergleicht mit anderen Nationalgeschichten. Spanier, Niederländer und Schweden können die historische Tatsache des eigenen Abstiegs kompensieren mit der Erinnerung an Zeiten nationaler Größe. "Noch heute gehen Bilder von Ludwig dem XIV. oder Napoleon, von Heinrich dem VIII. oder Elisabeth als Symbole ihrer Erfolge in das Selbstbild ihrer Völker ein. In Deutschland dagegen verband sich eine lange Tradition autokratischer Herrschaft mit relativer Erfolgslosigkeit. Exemplarische Siege waren über die Jahrhunderte dünn gesät im Vergleich zu den Niederlanden, zu dem allmählichen Absinken und den wiederholten Schüben des Machtverlustes gegenüber anderen, aufsteigenden Staaten. Ob es sich um das Ende der Hohenstaufen oder Hohenzollern handelte oder schließlich um das Ende Hitlers und seines Regimes, das Resultat war jedesmal ein schwächeres oder kleineres Deutschland." (12) ELIAS sieht in dieser langen historischen Erfahrung ständigen Machtverlustes den Grund für die deutsche Neigung zu Sentimentalität und Selbstmitleid, gleichzeitig aber auch für den übersteigerten Sinn für Macht und das, was man dann "Realpolitik" nannte: den rücksichtslosen Gebrauch von Macht, wenn man sie einmal hatte.

Zwei Faktoren trugen im Urteil von ELIAS zu dem schweren Zusammenbruch der Zivilisation bei, der mit dem Namen HITLERs verknüpft ist: "die Eigentümlichkeiten der langfristigen Entwicklung Deutschlands und die Besonderheiten der Stufe, die es damals auf seiner Bahn erreicht hatte... Kurz gesagt: Viele Deutsche schreckten, unter der Belastung einer weltweiten Wirtschaftskrise, vor dem Gefühl und Gedanken zurück, daß die einstige imperiale Größe ihres Landes für immer verloren sei... Wie so manche große Nation, die mit dem Rücken zur Wand um ihre frühere Größe kämpft, warfen die Führer Deutschlands in dieser Lage, wann immer es zu ihren Zwecken paßte, sämtliche Normen von Anstand, Redlichkeit, Identifizierung mit anderen Menschen über Bord. Das Ziel, Deutschlands schwindende Glorie zu retten, schien alles zu rechtfertigen. Eine reziproke Verstärkung willkommener Glaubensvorstellungen und der Ablehnung unwillkommener Einsichten erlaubte es breiten Gruppen des deutschen Volkes, sich in einen Kokon kollektiver Phantasien einzuspinnen, der sie vor dem "Schock der Erkenntnis" schützen sollte - vor dem Schock, den jede mächtige Nation und überhaupt jede mächtige Sozialformation erfährt,

wenn ihre Mitglieder nicht länger der Erkenntnis ausweichen können, daß ihre frühere Macht und Überlegenheit unwiederbringlich verloren sind. Viele Deutsche hatten nie eingestehen können, auch nicht sich selbst, daß Deutschland 1918 eine klare Niederlage erlitten hatte... Nun belebten die Nationalsozialisten bei Deutschen den Glauben, daß sie noch immer eine Macht ersten Ranges seien und über die Ressourcen einer solchen verfügten, daß Deutschlands Herren von neuem wie mittelalterliche Kaiser über weite Bereiche Europas herrschen würden." (13)

Als ELIAS diese Sätze schrieb, wußte er nicht, daß das Wort "Schock", das er im Zusammenhang mit der militärischen Niederlage von 1918 benutzte, ein Stichwort für die Theorie lieferte, die amerikanische Politische Kulturforscher für den überraschend problemlosen Wandel der deutschen politischen Kultur nach 1945 vorschlugen. Gerade weil die militärische Niederlage 1945 komplett war, enthielt sie einen Schock, der eine wichtige Bedingung für die Demokratisierung gewesen ist. So die Theorie der Forscher: Das Erlebnis absoluter militärischer Vernichtung, verbunden mit Hilfen zum Wiederaufbau ausgerechnet von Feindeseite soll der Grund für den unwahrscheinlich schnellen politischen Sinneswandel gewesen sein. Während die militärische Niederlage im Ersten Weltkrieg von breiten Bevölkerungskreisen nicht eingestanden, sondern der politischen Linken als "Dolchstoßlegende" zugeschrieben wurde (weshalb man sie wie außenpolitische Feinde meinte behandeln zu dürfen), erlaubte die Evidenz der militärischen Katastrophe 1945 keine Diskussion. Das nationalsozialistische Regime hatte jedenfalls militärisch versagt. Die politische Konsequenz wurde akzeptiert, die Staatsform der Westmächte hatte mit keinen nennenswerten Widerständen zu rechnen. Die überständige politische Elite des landsässigen Kriegeradels hatte, zusammen mit der militärischen Elite, abgedankt, es gab keine Freicorps mehr, der Weg zu neuen politischen Horizonten war frei. Vor allem hatte zum ersten Mal der bürgerliche Normenkatalog eine Chance, sich in Deutschland zu entwickeln, mit demokratisch-rechtsstaatlichen Grundsätzen und der Geltung von Menschenwürde über nationale Grenzen hinweg.

Zum ersten Mal haben Deutsche auch einen funktionierenden Parlamentarismus ausgebildet. Dabei hat es der Parlamentarische Rat der neuen demokratischen Kultur leicht gemacht. Der Bundestag hat durch seine Organisation als "Arbeitsparlament" mit der Verlagerung der Diskussion in die Ausschubarbeit die Parteien stets zu einem kooperativen Oppositionsverhalten gezwungen. Deutsche sind nach den Erfahrungen ihrer Politikgeschichte eher auf eine Opposition vorbereitet, die "mitarbeitet". Das geschieht in den Ausschüssen, deren Vorsitzende bekanntlich auch von den oppositionellen Parteien gestellt werden. Dagegen hat ein Oppositionsverhalten nach britischem Muster absoluter Konfrontation keine der großen Parteien durchzuhalten vermocht, nachdem sowohl die SPD als auch die CDU es über Jahre versucht hatten.

Parlamentarische politische Kulturen stellen an das Selbstzwangvermögen der Mitglieder eines Staatsverbandes größere Ansprüche als autokratische Regime. Das ist das Lebensthema von NORBERT ELIAS. Er meinte, selbst unter günstigsten Umständen bedürfe es gewöhnlich einer Kette von mehreren Generationen im Leben eines Volkes, bis sich der Wandel der Persönlichkeitsstrukturen vollzogen hat, der das gesicherte Funktionieren eines parlamentarischen Mehrparteien-Regimes ermöglicht. (14) In Westdeutschland ist dieser Prozeß innerhalb von knapp drei Generationen gelungen. Zwar weisen Deutsche im Vergleich zu Bürgern der alten Demokratien Europas immer noch gewisse dezisionistische Züge auf, die jüngeren und besser ausgebildeten Altersgruppen zeigen aber hohe Werte im Blick auf einen Faktor der sogenannten Demokratieskala, den man "Ambiguitätstoleranz" nennt: das Aushalten einer ambivalenten Situation, die widersprüchliche Aspekte eröffnet oder zunächst undurchsichtig ist. Wer solche Lage schlecht erträgt, neigt dazu, sie rasch nach einer Richtung hin zu entscheiden, schwarz oder weiß. Wer sie aushält, die Nerven nicht verliert, das Für und Gegen abwägt, gilt nach diesem international eingeführten Faktor auf der Demokratieskala als ein besserer Demokrat.

Die Kompromißfähigkeit unter Deutschen ist signifikant gestiegen, vor allem ist die Verurteilung des Kompromisses als faul und willensschwach verschwunden. Zusammen mit einer dezisionistischen Schwarz-Weiß-Mentalität und der Hochschätzung des für kerndeutsch geltenden Begriffs der "Entscheidung" ist auch die fatale Verbindung von Idealismus und barbarischer "Realpolitik" nicht mehr anzutreffen. An die Stelle eines übersteigerten nationalistischen Bewußtseins von "Schicksalsgemeinschaft" treffen wir auf Ansätze einer europäischen Gesinnung.

Das Gesagte gilt zunächst für Westdeutschland. Im Blick auf die Bevölkerung der neuen Bundesländer gibt es Varianten zu berücksichtigen, die wiederum in der geschichtlichen Entwicklung zu suchen sind: sowohl der gemeinsamen deutschen autokratischen Geschichte als auch der sozialistischen Geschichte. (15) Wenn man die DDR immer schon als den "deutscheren" Staat bezeichnet hat, meinte man damit ein autokratisches Politikmodell, das unbeschadet wechselnder Regime in Deutschland Tradition hatte. Es ist durch die Verbindung von Schutz und Gehorsam gekennzeichnet. Gegenüber liberal-demokratischen Systemen kommt dem Staat eine wesentlich stärkere Rolle auf fast allen Gebieten zu, auf denen den

Bürgern Gefahren und Ängste drohen. Befragungsergebnisse zu Beginn der 90er Jahre zeigen diese unterschiedliche Bewertung staatlicher Aufgaben in Ost- und Westdeutschland.

Ein weiteres Kennzeichen gemeinsamer politischer Vergangenheit ist ein Gemeinschaftsideal, das sich in Ostdeutschland länger gehalten hat und noch während des Vereinigungsprozesses als eine "Kultur der runden Tische" auflebte, statt westlicher "Streitkultur". Empirische Untersuchungen belegen den Unterschied. In den 50er Jahren meinten rückblickend 40% der westdeutschen Bevölkerung, daß sie sich in der Zeit des Nationalsozialismus oft als Mitglied einer großen Gemeinschaft fühlten. Ebenso viele erinnern sich heute in Ostdeutschland desselben Gefühls im Blick auf die DDR-Zeit. (16)

Wie wenig dieses Gemeinschaftsgefühl mit demokratischer Kultur zu tun hat, zeigt sich, wenn man einen Aspekt ins Auge faßt, der in den westlichen Demokratien einen wichtigen Bestandteil für sie liefert: soziales Vertrauen. Es gilt als psychische Voraussetzung für demokratische Partizipation und Kooperation mit anderen Bürgern. Das DDR-Kollektiv entsprach nicht einem liberal-demokratischen Verständnis von Team, das auch Konfliktelemente positiv bewertet, als Quellen von Innovation und Kreativität nämlich.

Unterschiede zwischen der ostdeutschen und der westdeutschen politischen Kultur zeigen sich auch im Blick auf das Parteiensystem. Die notwendige Hinwendung zur Parteiendemokratie in Ostdeutschland trifft auf eine gewisse Distanzierung von ihr in Westdeutschland. Da ist ein fatales Mißverständnis kaum zu vermeiden: als ob die Kritik an den alten Parteien in Westdeutschland ihre Wurzeln vor allem im altdeutschen Antiparteienaffekt hätte. Dem ist aber nicht so. Die Akzeptanz von Bürgerbewegungen und die Zunahme von Wechselwählern aufgrund steigender Programorientierung liegen vielmehr in der Logik eines demokratiegeschichtlichen Prozesses, dem gegenwärtig auch andere Demokratien ausgesetzt sind. Es handelt sich also nicht in erster Linie um ein spezifisch deutsches Phänomen. Um so gefährlicher ist das hier für Ostdeutsche lauernde Mißverständnis. Sie verfügen nicht über die Erfahrungen eines pluralen Parteiensystems, das gut funktioniert hat. Ihre Kritik speist sich dagegen aus der ungebrochenen Tradition deutscher Parteienfeindlichkeit, verstärkt durch die Erfahrungen mit dem SED-Regime und seinen Blockparteien.

Ein Gesichtspunkt, dem NORBERT ELIAS im Blick auf die deutsche Politikgeschichte große Bedeutung beimaß, nämlich die Erfahrungen politischen Macht- und Sinnverlustes, könnte auch für die nächsten Jahre des Wiedervereinigungsprozesses von Bedeutung sein. Wir erleben gegenwärtig eine sich wandelnde ostdeutsche Einschätzung Westdeutschlands, in Verbindung mit einer Revision des Bildes der ostdeutschen Vergangenheit. Hielten Ostdeutsche die DDR 1990 nur auf drei von neun Gebieten der alten Bundesrepublik für überlegen, so waren es 1995 sieben von neun Feldern. Außer "Lebensstandard" und "Wissenschaft und Technik" gelten den Ostdeutschen gegenwärtig alle Lebensbedingungen damals in der DDR für besser als heute in Gesamtdeutschland. (17) Es sieht so aus, als ob die Einschätzung der deutschen Bevölkerung insgesamt dem Urteil derjenigen Sozialwissenschaftler entspricht, die eine wachsende Entfremdung fürchten. 67% der Deutschen stimmten Mitte 1995 dem Urteil zu, "Die Mauer ist weg, aber die Mauer in den Köpfen wächst". Und was noch bedenklicher stimmt: Die Schuld dafür geben sich die Bevölkerungen der beiden Landesteile gegenseitig. 60% der Ostdeutschen und 40% der Westdeutschen sind der Meinung, daß die Verantwortung für die Probleme im Vereinigungsprozeß ausschließlich bei den Menschen im anderen Landesteil liegt. (18)

Gründe für diese Entwicklungen gibt es viele: die katastrophale Wirtschaftslage, die hohe Arbeitslosigkeit, große Unterschiede in der Vermögens- und Einkommensstruktur, dazu immer noch nachhaltige Effekte der Erfahrungen mit westdeutschen Importeliten und verschiedene Formen von Deklassierung. Die größte Schwierigkeit für eine rasche Angleichung der beiden politischen Kulturen in Ost- und Westdeutschland liegt in der großen Kluft zwischen einer hedonistischen "Spätkultur" mit postmaterialistischen Lebensstilen und einer Mangelgesellschaft mit materialistischer Lebenseinstellung. Die Politische Kulturforschung kann über eine Analyse dieser Differenzen hinaus helfen herauszufinden, welche Einstellungen sich rasch ändern lassen, welche Werthaltungen vermutlich nachhaltiger sind und welche Verhaltensweisen zu ihrer Veränderung einen Generationswechsel voraussetzen. Die innere Wiedervereinigung Deutschlands bedeutet vermutlich die bisher größte Herausforderung der Politischen Kulturforschung. Auch für sie hält das Werk von NORBERT ELIAS viele Hilfen bereit. - Aber das wäre ein neues Thema.

Fußnoten:

- 1) Martin und Sylvia Greiffenhagen: Politische Kultur. In: Grundwissen Politik. Hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn, 3. Aufl., 1997 (im Erscheinen).
- 2) Karl Rohe: Politische Kultur. Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts. In: Oskar Niedermayer / Klaus v. Beyme (Hrsg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland. Berlin 1994, S. 4.
- 3) Gabriel A. Almond / Sidney Verba: The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations. Princeton 1965.
- 4) Karl Rohe: Politische Kultur und ihre Analyse. In: Historische Zeitschrift 250, 1990, S. 343f.
- 5) Norbert Elias: Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. von Michael Schröter. Frankfurt am Main 1992, S. 28.
- 6) Norbert Elias: Studien über die Deutschen, S. 210f.
- 7) Daniel Jonah Goldhagen: Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust. Berlin 1996, S. 5.
- 8) Daniel Jonah Goldhagen: Hitlers willige Vollstrecker, S. 12.
- 9) Norbert Elias: Studien über die Deutschen, S. 460.
- 10) Norbert Elias: Studien über die Deutschen, S. 494.
- 11) Norbert Elias: Studien über die Deutschen, S. 492f.
- 12) Norbert Elias: Studien über die Deutschen, S. 446.
- 13) Norbert Elias: Studien über die Deutschen, S. 515f.
- 14) Norbert Elias: Studien über die Deutschen, S. 385f.
- 15) Martin und Sylvia Greiffenhagen: Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur im vereinigten Deutschland. München 1993.
- 16) Martin Greiffenhagen: Politische Legitimität in Deutschland. Gütersloh 1997 (im Erscheinen).
- 17) Martin Greiffenhagen: Politische Legitimität in Deutschland. Gütersloh 1997 (im Erscheinen).
- 18) Martin Greiffenhagen: Politische Legitimität in Deutschland. Gütersloh 1997 (im Erscheinen).